Viele Studenten – geringe Berufschancen, Ruhr Nachrichten Bochum, 5.4.69

Viele Studenten - geringe Berufschancen

Das Paradox der Sozialwissenschaften – In Bochum sucht Studienreform-Kommission neue Wege

Von WAZ-Redakteur KLAUS KÄMPGEN RUHRGEBIET

Ein verbreitetes Vorurteil lautet: „Nur die vielen Soziologiestudenten sind es, die den Aufruhr an den Universitäten bewirken. Sie haben wenig Aussicht auf einen ordentlichen Beruf und inszenieren deshalb die Revolte." Das ist die einfachste Form, die Mißstände an den Hochschulen hinwegzudeuten. Denn jeder normale Student, der keine Berufschancen hat, würde still das Fach wechseln. Einen anderen Weg, um mit der Überbelegung der Gesellschaftswissenschaften fertig zu werden, haben die Studenten der Ruhr-Universität eingeschlagen. Sie bemühen sich gemeinsam, neue Verbindungen zwischen Wissenschaft und Berufswelt herzustellen.

Weit über 4000 Soziologie-Studenten gibt es in der Bundesrepublik. In Bochum studieren mehr als 400 Studenten die Sozialwissenschaften im Hauptfach (1968/69). Dazu kommen fast 400 Nebenfach-Studenten. In der Tat sind es vornehmlich kritische junge Menschen, die in diese Disziplinen hineindrängen. Sie werden mehr von dem Gefühl, daß unsere gesellschaftlichen Zustände unzulänglich sind, als von festen Berufsvorstellungen geleitet. Trotzdem suchen sie natürlich Engagement und Arbeitsmöglichkeiten.

In Bochum sind dafür die Aussichten günstiger als anderswo. An der Ruhr-Universität wird schon eine reformierte Studienordnung praktiziert. Statt einer isolierten Soziologie und anderer einzelner Disziplinen besteht hier eine enge Verbindung von sozialwissenschaftlichen Fächern: Soziologie, Politische Wissenschaften, Sozialpsychologie, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte und Sozialpolitik. Die Studenten erwerben zudem Kenntnisse in der Volkswirtschaft und erhalten eine — allerdings schmale — juristische Ausbildung.

Nach diesem Studienplan arbeiten die Studenten darauf hin, Plätze in der öffentlichen Verwaltung und in Großunternehmen, in der Politik (Parteien und Bundestag), bei den Verbänden (Gewerkschaften, Arbeitgeber, Konsumverbände), in der Sozialarbeit oder bei den Massenmedien einzunehmen. Allerdings: diese Plätze gibt es in der Praxis kaum. „Die Berufschancen sind trotz dieser Ausbildung nicht gut." Dieses Fazit ziehen Peter Heringhaus (27) und Klaus Wermke (26), Studenten in Bochum. Das liege einmal daran, daß mögliche Arbeitgeber sich unter den Sozialwissenschaften nur wenig vorstellen können. „Sie haben eine Scheu vor allem, was mit ‚SOZ' anfängt, und sie wissen nicht, was diese Leute wirklich können. Man nimmt lieber gleich einen Volkswirt."

Die Kritik der Studenten richtet sich jedoch vornehmlich gegen die Universität. „Die Professoren sehen das Problem gar nicht, und das ist eigentlich unverantwortlich. Sie behaupten, daß ausgebildete Leute auch gebraucht würden." Unter der Drohung einer erneuten Besetzung von Instituten haben die Studenten deshalb eine Fortführung der Studienreform durchgesetzt.

Zu diesem Zweck ist eine paritätisch besetzte Kommission geschaffen worden, der auch Praktiker aus dem Bereich der Wirtschaft angehören. In wöchentlichen Sitzungen, bei denen auch Arbeitgeber und Verwaltungsfachleute zu Wort kommen, soll ein Studienprogramm erarbeitet werden, das den potentiellen Berufen möglichst gerecht wird. Als ein Ergebnis steht schon fest, daß, statt eines einzigen Studienplans, differenzierte Studienempfehlungen für verschiedene Fächerkombinationen aufgestellt werden müssen. Außerdem sollen neue Lehrformen gefunden werden, die stärker die Praxis berücksichtigen und eine Mitarbeit der Studenten ermöglichen.